

- Schaffung eines flächenbezogenen Emissionskatasters (Abgaskarten, Lärmkarten) in den Ballungsgebieten als Grundlage für Umweltsanierungsaufgaben, für planerische Entscheidungen und gesetzgeberische Maßnahmen.
- Aufstellung eines 10-Jahres-Planes zur Abwasserbeseitigung mit dem Ziel des Anschlusses aller städtischen Haushalte und der Industrie an mechanisch-biologische Kläranlagen. Dabei sollte NW als potenter Anlieger des Rheines die Initiative zu internationalen Vereinbarungen über die Sanierung des Flusses ergreifen und sich für internationale Kontroll- und Sanktionssysteme an allen Flußläufen des Landes mit internationalen Anliegern einsetzen.
- Einrichtung einer Landesdatenbank für Umweltschutz, auch als Grundlage einer Bundesdatenbank und einer internationalen Datenbank.
- Koordinations- und Anlaufstelle des Umweltschutzes muß die Staatskanzlei werden.
- Koordination und Intensivierung der Umweltforschung in den Landesinstituten und wissenschaftlichen Hochschulen des Landes NW und Erweiterung der Meßprogramme.

FDP: Keine Rechtszersplitterung

Der Umweltschutz ist eine unserer zentralen politischen Fragen mit tiefgreifenden technischen, finanziellen und rechtlichen Problemen. Im Augenblick ist Umweltschutz vordringlich Gesetzgebung. Die Umweltschutzgesetze sind nicht derart, daß man sie mit der linken Hand erledigen könnte. Es handelt sich um den für die Zukunft unseres Staates wichtigen Versuch, eine gefährliche Fehlentwicklung der Industriegesellschaft im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte schnell und nachdrücklich zu korrigieren.

Auf Bundesebene ebenso wie auf Landesebene ist die Gesetzgebung in dieser Richtung bereits in Bewegung geraten. Das Schwergewicht wird dabei in Zukunft wohl auf der Bundesebene liegen müssen, um einheitliche Regelungen zu gewährleisten. Noch weiter: Umweltschutz ist keine nationale, sondern eine transnationale Aufgabe, sie erfordert eine globale Strategie.

Um eine Rechtszersplitterung zu vermeiden und damit auch Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Ländern zu verhindern, sind im Bereich des Umweltschutzes internationale Vereinbarungen notwendig.

Allerdings tauchen die Schwierigkeiten bereits im eigenen Lande auf. Der vorliegende Entwurf eines Bundesabfallbeseitigungsgesetzes stieß im Bundesrat auf Bedenken, inwieweit hierzu die Gesetzgebungskompetenz des Bundes — namentlich im Hinblick auf die umfassende Definition des Begriffes „Abfallstoffe“ — gegeben sei.

Eine Voraussetzung für effektiven Umweltschutz ist also auch die Bereinigung des Kompetenzgeflechts zwischen Bund und Ländern. Daß allerdings vermehrte Gesetzgebung bittere Notwendigkeit in diesem Bereich ist, sei es auf Bundes- oder Landesebene, und zwar in internationaler Akkordanz, darüber besteht wohl keinerlei Zweifel. Vorrangig hierbei ist die Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Wasserreinhaltung und die Abfallbeseitigung.

Porträt



Konrad Grundmann (CDU)
Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Fragt man ihn nach seinem Weg in die Politik, so antwortet er: „Mein Vater war ein alter christlicher Gewerkschaftler; weil er das Verbrecherische des Nazi-Regimes erkannte, mußte er viele Schikanen und Benachteiligungen hinnehmen“. Konrad Grundmann ist der Tradition des Elternhauses treu geblieben: sein ganzes Engagement gilt der Sozialpolitik. Schon als junger Mann stieß er zum DGB und zur Jungen Union. Heute ist er Vorsitzender eines wichtigen Landtagsausschusses, des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Mit 46 Jahren zählt der gebürtige Krefelder noch zu den Männern der jüngeren Generation und doch ist er bereits durch alle Höhen und Tiefen des politischen Lebens gegangen. 29jährig wurde er im Juli 1954 CDU-Landtagsabgeordneter. Heute gilt er im Düsseldorfer Ständehaus als „alter Fuhrmann“. Mit 33 Jahren wurde er Vorsitzender des Sozialausschusses; ein Jahr später berief ihn der damalige Ministerpräsident Dr. Meyers als Arbeits- und Sozialminister in sein Kabinett. Mit 34 Jahren stand Konrad Grundmann im Rampenlicht: er war der jüngste Minister in Westeuropa.

Trotz dieses steilen Aufstiegs sprach niemand von einem „Senkrechtstarter“. Das lag wohl an der unprätentiösen Art, in der Grundmann seine Fähigkeiten und auch seine Grenzen einzuschätzen weiß. Er hält sich nicht für einen brillanten Redner, aber er weiß seine Sache hart zu verteten. Dem politischen Gegner versagt er dabei nie seinen persönlichen Respekt. „Ich identifiziere mich mit meiner Aufgabe, nicht mit meinem Amt“, sagt Grundmann. Deshalb traf ihn der Verlust der Ministerwürde Ende 1966 weniger hart: „Der Abkühlungsprozeß war für mich nicht erhellend“.

Auch in seiner Partei ist Grundmann schnell zur Spitze vorgestoßen. 1963 wurde er Vorsitzender der CDU Rheinland — nach Konrad Adenauer und nach Wilhelm Johnen. Allerdings blieb er im Spannungsfeld dieser flügelreichen Par-

tei ein unbequemer, ein kantiger Mann: „Jeder muß wissen, woher er kommt“. Konsequenter bekannte er sich zu seiner Herkunft, zum Arbeitnehmerflügel der CDU. „Persönliche Assimilierung“ hält er nicht für „einen politischen Integrationsprozeß“. Im Herbst 1969 mußte er die Führung der rheinischen CDU an Heinrich Köppler abtreten. Grundmann tat es ohne Bitterkeit, denn „für mich ist das Amt nur eine Möglichkeit, politisch tätig zu sein“. Das Erstaunliche an Konrad Grundmann ist, daß man ihm niemals Resignation ansieht. Er weiß, daß „auch die schönsten Blumen einmal welken müssen“.

Als Vorsitzender des Landtagsausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge ist er ein kritischer Partner seines sozialdemokratischen Nachfolgers im Ministeramt. Schnörkellos bekennt er, daß die Sozialpolitik eine besondere, nämlich eine sachliche Färbung habe. Für Demagogie ist da kein Platz. Deshalb hält er den Ausschuß-Vorsitz auch nicht für eine Institution, die der Selbstdarstellung dienen könne.

Am 1. August will Grundmann seine Erfahrungen in eine neue Tätigkeit einbringen. Er wird Arbeitsdirektor bei den Rheinischen Braunkohlewerken in Köln, einem Betrieb mit 16 000 Beschäftigten, „aber mein politisches Engagement gebe ich nicht auf.“

Marcel Gärtner